

Rathaus - Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

1, RATHAUS, HALBSTOCK, TUR 247 d-i, 1082 WIEN - TELEPHON 42 805, KL. 2971-2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 26. April 1968

Blatt 1125

Bürgermeister sucht mit: Wer ist freundlichster Schaffner?
=====

26. April (RK) Von der Suchaktion nach dem freundlichsten Schaffner der Wiener Tramway inspiriert, die eine Wochenzeitung im Verein mit den Wiener Verkehrsbetrieben veranstaltet, begab sich heute früh Bürgermeister Bruno Marek selbst mit auf die Jagd. Als passionierter Straßenbahnfahrgast bekannt, wählte er auf der Linie D den vom Favoritner Betriebsbahnhof stammenden Ludwig Hlavaty. Der Schaffner hatte ihn nach Verkauf eines 5-Schilling-Fahrscheines mit den Worten "gute Fahrt, Herr Bürgermeister!" begrüßt.

Die Aktion "Suche nach dem freundlichsten Wiener Schaffner" läuft bis über das Tramwayjubiläum am 11. Mai hinaus und soll vor allem helfen, einen guten Kontakt zwischen Fahrgästen und Bediensteten herzustellen. Schließlich sind die Schaffner, die wir alle als anonymes Inventar und notwendiges Übel in den Straßenbahnzügen, auf den Stadtbahnperrons und in den Autobussen zu betrachten gewohnt sind, Menschen wie Du und ich und haben es sich verdient, daß man ihrem gar nicht so leichten Beruf ein wenig Nachdenken widmet. Nur wer selbst einmal am eigenen Leib verspürt hat, wie das ist, keinen geregelten 8-Stunden-Tag und das übliche freie Wochenende genießen zu können, kann ermessen, welches Opfer uns allen die oft mißverstandenen Fahrdienstler der Wiener Verkehrsbetriebe bringen.

./.

Übrigens: Nicht nur den freundlichsten Schaffner Wiens und etlichen "Rangplacierten" winken schöne Preise, wie zum Beispiel Flugreisen und Gratisurlaubsaufenthalte, sondern auch den Fahrgästen, die sich als "Wähler" betätigen. Ihre Stimmzettel nehmen an einer Auslosung teil, deren erster Preis "Ein Jahr gratis mit der Wiener Tramway" lautet. Selbstverständlich gibt es noch eine ganze Menge weiterer Preise, so daß es wirklich dafürsteht. Es kostet ja nur ein Lächeln...

- - -

Verkehrsbetriebe am 1. Mai

=====

26. April (RK) Wie jedes Jahr so auch heuer wird am 1. Mai der Betrieb auf der Straßenbahn erst um 14. Uhr ab Ring bzw. ab 13.45 Uhr von den Betriebsbahnhöfen aus, geöffnet. Auf der Stadtbahn und den Autobuslinien erfolgt die Betriebsaufnahme zum gleichen Zeitpunkt. Die innerstädtischen Autobuslinien verkehren nicht.

Auf der Straßenbahn, der Stadtbahn, auf den Autobuslinien sowie im Gemeinschaftstarif mit der Schnellbahn, den privaten Autobuslinien und der Autobuslinie 52 A, gilt am 1. Mai der Sonntagsfahrpreis. Es haben daher die Kinder-Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenscheine zu 1 Schilling in Einheits-tarif und im Tarifgebiet II Gültigkeit. Die Kurzstreckensammelkarten, der Teilstreckenfahrchein sowie sämtliche Wochenstreckenkarten sind an diesem Tage ungültig.

Auf der Strecke des Tarifgebietes II gilt der 5 Schilling-Fahrchein (im Vorverkauf 4 Schilling).

Die betriebseigenen Vorverkaufsstellen sind auch an diesem Feiertag geöffnet und zwar von 14.30 bis 18.30 Uhr. Die Abteilung für Kartenausgabe und Fahrbegünstigungen (6, Rahl-gasse 3) bleibt am 1. Mai allerdings geschlossen.

- - -

Sitzung des Wiener Landtages
=====

26. April (RK) Unter dem Vorsitz seines Ersten Präsidenten, Dr. Wilhelm Stemmer, trat der Wiener Landtag heute vormittag zu einer Sitzung zusammen.

Es liegt eine Anfrage der SPÖ betreffend die Vergabe von Darlehen aus Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds vor, deren Verlesung verlangt wird. Diesem Verlangen wird nach Erledigung der Tagesordnung vor Schluß der Sitzung nachgekommen werden.

Hilfe für die Kinos

Über den ersten Punkt der Tagesordnung, die Vergnügungssteuergesetznovelle 1968, referiert Landeshauptmann-Stellvertreter Felix Slavik (SPÖ). Er erinnert daran, daß erst im November 1967 eine Novelle beschlossen wurde, je nach dem verliehenen Prädikat, kulturell wertvollen Filmen 100prozentige, 50prozentige, beziehungsweise 25prozentige Ermäßigungen zu gewähren. Bereits damals wurde gesagt, daß man sich weiterhin mit den Problemen unserer Kinos beschäftigen werde müssen. Nun ist durch die Bundesgesetzgebung eine weitere schwere Belastung für die Kinobetriebe eingetreten, und zwar durch die Erhöhung der Umsatzsteuer und das Mietenänderungsgesetz. Ab 1. Jänner 1969 ist eine weitere Erhöhung der Mieten vorgesehen. Derzeit ist man noch nicht in der Lage zu sagen, wie sich diese Maßnahmen auf die Kinobetriebe auswirken werden. Der Wiener Landtag will durch die neuerliche Gesetzesänderung versuchen, den Kinos zu helfen.

Derzeit haben wir einen Steuersatz von 5 bis 25 Prozent. Es ist vorgesehen, daß dieser Steuersatz auf 1 bis 25 Prozent verändert wird, wobei Kinos bis zu einem Jahresumsatz von 700.000 Schilling mit einem Prozent besteuert und Steigerungstufen eingebaut werden, so daß sich die Steuer um ein weiteres Prozent erhöht, wenn der Jahresumsatz um je 90.000 Schilling steigt. Das heißt also, bei einem Jahresumsatz von 790.000 Schilling würde der Steuersatz mit zwei Prozent festgelegt werden usw. Selbstverständlich fallen alle Kinos die derzeit fünf Prozent Steuer zu zahlen haben und keinen höheren Umsatz als 700.000 Schilling erzielen, auf ein Prozent zurück, das heißt, sie ersparen 80 Prozent der bisherigen Vergnügungssteuerleistungen.

Der vorliegende Antrag dient also dazu, einen gewissen Ausgleich für Belastungen zu schaffen und ist somit eine echte Förderung. Nicht hingegen könne man das von der Bundesgesetzgebung sagen, denn die aus ihr resultierenden hohen Mieten, die sehr wohl einzelne an den Rand des Ruins treiben werden, könne das Land Wien nicht ausgleichen helfen.

Abg. Jodlbauer (SPÖ) stellt als einziger Debattenredner fest, daß hier ein Wunsch der Filmtheaterbesitzer nach einer Steuerstaffel in Erfüllung gehe. Besonders dem kleinen und Mittelkinos sollen Vorteile geboten werden. Unser Gedanke gilt hier in erster Linie der Bevölkerung der Randgemeinden, die wir nicht um ein Vergnügen bringen wollen.

Das Versprechen Slaviks vor dem Landtag am 17. November des Vorjahres sei damit eingelöst. Ein echtes Wirtschaftsproblem könne jedoch nicht durch Steuerermäßigungen allein gelöst werden. Hier sei eine Solidaritätsaktion notwendig. Die Vergnügungssteuer wurde für Vergnügungsbetriebe geschaffen und dementsprechend sind auch Kinos einzureihen. Es ist festzuhalten, daß die Kinobesitzer gegenüber allen anderen Vergnügungssteuerpflichtigen eine Sonderstellung haben. Ich habe schon einmal gesagt, führte Abg. Jodlbauer aus, daß meiner Meinung nach das Kino-problem nicht durch Steuerermäßigung gelöst werden kann. Es ist nur bedauerlich, daß die durch den Wiener Landtag geschaffene Steuerermäßigungen/durch Steuererhöhungen seitens des Bundes zu einem sehr erheblichen Teil wieder weggesteuert werden. Der Redner führt als Beispiel das Forum-Kino an, von dessen jährlicher Steuerersparnis von zirka zwei Millionen Schilling der Finanzminister durch die erhöhte Körperschaftssteuer wieder 1,2 Millionen Schilling wegnimmt. Entsprechend ist es auch bei kleineren Kinos. Auch die Kinobesitzer werden erkennen, wie ernst es der sozialistischen Landtagsfraktion ist, zu helfen. Abschließend erklärt Abgeordneter Jodlbauer, daß seine Fraktion immer bestrebt war und sein wird, der Wiener Wirtschaft die nötige Kraft zu geben, weil nur dadurch steigende Einnahmen der Stadtverwaltung und damit erhöhter Wohlstand der Wiener Bevölkerung möglich ist.

./.

Der Redner drückt die Hoffnung aus, daß die Kinobesitzer und ihre Vertreter nur bei den Bundesstellen gegen die immer schwereren Belastungen seitens des Bundes mit der selben Wehemenz ankämpfen werden, wie beim Wiener Magistrat.

Berichterstatter Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik verzichtet auf das Schlußwort; die Gesetzesvorlage wird in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Grundsteuerbefreiungs-Gesetz

Als zweiter Tagesordnungspunkt kommt die Vorlage des Gesetzes über die zeitliche Befreiung von der Grundsteuer für Baulichkeiten, deren Errichtung nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 gefördert worden ist (Wiener Grundsteuerbefreiungsgesetz 1968) zur Behandlung.

Als Berichterstatter erklärt Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik (SPÖ) daß nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 für Wohnbauförderung nach diesem Bundesgesetz Bundesmittel nur jenen Ländern zugeteilt werden dürfen, in denen eine mindestens zwanzigjährige Grundsteuerbefreiung garantiert wird. Es erscheint daher erforderlich, um die Voraussetzung für die Zuweisung der Bundesmittel an das Land Wien zu schaffen, die entsprechenden landesgesetzlichen Anordnungen zu treffen. Es ist erfreulich, war jedoch zu erwarten, daß alle gesetzlichen Interessensvertretungen diesen zur Beratung stehenden Gesetzesentwurf zugestimmt haben. Der Berichterstatter ersucht im Interesse der Bauwilligen und Wohnungssuchenden des Landes Wien, diesem Gesetz die Zustimmung zu geben.

Wortmeldung lag keine vor. Das Gesetz wird in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Anfrage wegen Wasserwirtschaftsfonds

Als nächstes kommt die Anfrage der SPÖ den Amtsführenden Stadtrat für Finanzwesen, Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik, betreffend die Vergabe von Darlehen aus Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds zur Behandlung. Der Schriftführer Abg. Maria Hirschler verliest die Anfrage:

"Am 27. März 1968 hat im Bundesministerium für Bauten und Technik eine Sitzung der Kommission zur Förderung der Errichtung und Er-

richtung und Erweiterung von Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlagen stattgefunden, bei der Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds in der Gesamthöhe von 574,990.000 Schilling vergeben worden sind.

Im Hinblick auf die unbedingte Notwendigkeit der Sicherung der Wasservorsorgung für die Wiener Bevölkerung und die geordnete Beseitigung der Abwässer im Raume Wiens werden in den kommenden Jahren auch in der Bundeshauptstadt auf diesem Gebiet verstärkte Anstrengungen notwendig sein, für deren Finanzierung auch Mittel des Wasserwirtschaftsfonds, der zu einem erheblichen Teil aus der Steuerleistung der Wiener Bevölkerung gespeist wird, bereitgestellt werden sollten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 17 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien an den Herrn Amtsführenden Stadtrat für Finanzwesen, Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik, folgende

Anfrage:

Ist der Herr amtsführende Stadtrat für Finanzwesen, Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik, bereit, den Landtag zu informieren, in welcher Höhe Darlehen aus Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds in der Kommissionszeit dieses Fonds vom 27. März 1968 für das Bundesland Wien vergeben worden sind? Gemäß § 17 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien wird die Verlesung dieser Anfrage in der heutigen Sitzung des Landtages beantragt.

In seiner Anfragebeantwortung zitiert Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik jene Projekte, der Stadt Wien, für die beim Wasserwirtschaftsfonds Ansuchungen um rückzahlbare Darlehen gestellt wurden, und erklärt zusammenfassend: wir haben mit Ausnahme eines Falles, wo ein Darlehen von 42,9 Millionen Schilling bewilligt wurde, von denen wir aber erst neun Millionen bekommen haben, keine Zusicherung erhalten. In der letzten Sitzung des Wasserwirtschaftsfonds wurden 574,9 Millionen an Gesamtdarlehen bewilligt, wobei die fällige Jahresrate für 1968 125,9 Millionen beträgt. Von diesen 574,9 Millionen wurde Wien die Zusicherung für ein einziges Projekt für 20,9 Millionen gegeben, somit wurden für Wien nicht einmal vier

Prozent zur Verfügung gestellt. Von der Jahresquote 1968 von 125,9 Millionen bekommt Wien 3,1 Millionen, das sind 2,5 Prozent der zur Verfügung gestellten Mittel. Aber auch für die kommenden Jahre sieht es nicht anders aus. Wenn man bedenkt, wie groß der Anteil der Stadt Wien an der Schöpfung der Mittel für den Wasserwirtschaftsfonds ist, und wenn man dann betrachtet, wie die Stadt Wien bei der Verteilung der Mittel behandelt wird, dann kann man das nicht widerspruchslos hinnehmen. Diese Auffassung soll man auch der Bundesverwaltung zur Kenntnis bringen. Auch die Wiener Bevölkerung muß darüber informiert werden, wie sie bei der Verteilung von Bundesmitteln, zu deren Aufbringung sie einen hohen Prozentsatz beiträgt, behandelt wird. Darum möge der Wiener Landtag in einer deutlichen Willenskundgebung zum Ausdruck geben, daß die gesamte Wiener Bevölkerung und der gesamte Wiener Landtag diese Behandlung nicht zur Kenntnis nehmen und dagegen schärfsten Protest erheben wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Abg. Schreiner (SPÖ) begründet hierauf den Antrag auf Besprechung der Anfrage. Er bezeichnet es als krasse Mißverhältnis, daß bei der Verteilung von 575 Millionen auf Wien nur 20 Millionen oder 3,7 Prozent entfallen, und erklärt: Das Bundesland Wien hat nicht nur wie alle Bundesländer und Gemeinden unter den Folgen einer total verfehlten Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierung zu leiden, sondern wird bei der Verteilung der Mittel auch in der ärgsten Weise benachteiligt.

Die Sorge darüber berechtigt uns zu dem Antrag, die Anfragebeantwortung einer sofortigen Besprechung zuzuführen. (Beifall bei der SPÖ)

Der Antrag auf sofortige Behandlung wird einstimmig angenommen.

Abg. Hans Mayr (SPÖ) stellt fest, daß die Kosten für die Trinkwasserversorgung ebenso wie die für die Abwasserversorgung nicht nur entsprechend der Zahl der Bevölkerung, sondern progressiv steigen. Der Beitrag der Stadt Wien nach dem Wasserbautenförderungsgesetz liegt bei 46 Prozent, Wien bekommt aber als Gegenleistung aus diesem Fonds einen Anteil von nicht einmal vier Prozent.

Es ist erfreulich, daß sich ein Wiener Landtagsabgeordneter, Architekt Ing. Lust, für die berechtigten Wiener Forderungen eingesetzt hat. Hier sollten wir ungeachtet unserer politischen Stellung unserer Meinung als Wiener Ausdruck geben. Wien darf kein Stiefkind des Bundes sein, Wien muß einen gerechten Teil erhalten! (Beifall bei den Sozialisten.)

Darüber hinaus wirft sich hier ein grundsätzliches politisches Problem auf: Kann es sein, daß eine schwarze Bundesregierung rote Landesregierungen als Prügelknaben behandelt, oder sind wir im demokratischen Reife-prozeß so weit, daß sachliche Fragen auch sachlich entschieden werden, ohne daß dabei solche politische Ressentiments mitspielen.

Der Abgeordnete stellt den Antrag, der Antwort des Amtsführenden Stadtrates für Finanzwesen zuzustimmen.

A. g. Ing. Lust (ÖVP) hält den Sozialisten vor, es sich zu leicht zu machen, und stellt fest, daß es die Mehrheitspartei des Landtages bis zum Jahre 1968 unterlassen hat, einen stimmberechtigten Vertreter aus ihren Reihen für Wien zu verlangen und die Interessen Wiens in diesem Fond entsprechend zu vertreten.

Der Redner wiederholte, daß die Vorlage von Anträgen des Landes Wien an den Wasserwirtschaftsfonds sehr saumselig betrieben worden sei. Im März 1968 seien dem Fonds vier unerledigte Anträge vorgelegen, und damals seien zwanzig Millionen Schilling für die Kläranlage Inzersdorf-Blumental bewilligt worden. Er selbst habe sich immer bemüht, dort das Interesse Wiens zu wahren und habe auch eine indirekte Zusage erhalten, daß die Zuteilung von Fondsmitteln für das Land Wien steigen werde.

Stadtrat Hubert Pfösch (SPÖ) stellte einleitend fest, daß es einige Zeit hindurch gar keinen Sinn gehabt hätte, Anträge zu stellen, da die Mittel dieses Fonds viel zu gering gewesen seien, um für die Projekte Wiens überhaupt ins Gewicht zu fallen. Dem Wiener Abgeordneten Weikhart sei dann, als der Fonds aufgestockt war, die Zuteilung von Mitteln zugesagt worden; in einem ganz konkreten Fall habe aber der Wasserwirtschaftsfonds sein Wort gebrochen und die versprochene Zuteilung nicht gewährt.

Als nächster war Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik (SPÖ) zu Wort gemeldet, der ebenfalls auf die anfangs völlig unzulängliche Ausstattung des Fonds hinwies. Nicht nur Wien, auch alle anderen Träger von Großprojekten hätten daher von Anträgen auf Zuteilung Abstand genommen. Erst nach der Abzweigung von Wohnbaumitteln für den Fonds seien Einreichungen sinnvoll geworden.

Slavik beschäftigte sich dann mit der in Aussicht genommenen "Verlängerung" des Fonds und stellte die Frage, was denn der Bund dabei "verlängern" wolle. Er teilte mit, daß die verfügbaren Mittel bereits bis zum Jahre 1973 vergeben seien und eine Verlängerung derzeit völlig sinnlos sei, weil es gar nichts zu "verlängern" gebe. Der Landeshauptmann-Stellvertreter schilderte die in diesem Punkt geführten Verhandlungen und sagte: "So viel Verlogenheit hat es in der Geschichte der Republik seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gegeben!"

Slavik regte zum Schluß an, der Wiener Landtag solle dem zuständigen Bundesminister deutlich zur Kenntnis bringen, daß er - im Namen der Wiener Bevölkerung - eine solche Behandlung des Landes Wien nicht dulde.

Darauf erwiderte Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Drimmel (ÖVP), wie er sagte, "zum Kapitel Verlogenheit und geschichtliche Wahrheit". Die ÖVP des Wiener Rathauses sei für die Verlängerung des Wasserwirtschaftsfonds eingetreten. Er, Drimmel, kenne auch die Protokolle und Anträge des Viererkomitees, in welchem Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik gesessen sei. Demnach habe Bautenminister Kotzina, der sich im Oktober 1967 dieser Kommission stellte, erklärt, eine Verlängerung des Wasserwirtschaftsfonds sei deshalb nicht möglich, weil die Ländervertreter kein geeignetes Konzept für diesen Schritt hätten vorlegen können. Drimmel erklärte, er wolle mit diesen Feststellungen einer Legendenbildung vorbeugen, die für das Verhältnis zwischen Wien und dem Bund nur unheilvolle Auswirkungen haben könne.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und KLS angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt, Präsident Dr. Stemmer schloß die Sitzung.

(Ende des Sitzungsberichtes)

Marek-Rede im Druck erschienen

=====

26. April (RK) Gestern nachmittag erhielt Bürgermeister Bruno Marek im Wiener Rathaus den Besuch von Stadtschulratspräsident Dr. Max Neugebauer, sowie des Direktors des Verlages für Jugend und Volk, Dkfm. Kurt Biak, und des Leiters des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes, Prof. Herbert Steiner. Der Stadtschulratspräsident überreichte dem Bürgermeister ein Büchlein, dessen Inhalt jene Rede bildet, die Marek am 11. März 1968 im Palais Auersperg gehalten hat.

Bürgermeister Marek hatte damals die Festrede anlänglich der Jahresversammlung des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes gehalten. Bald darauf war aus Lehrerkreisen die Anregung an den Stadtschulratspräsidenten herangetragen worden, diese Rede in gedruckter Form den Pädagogen Wiens zugänglich zu machen. Dr. Neugebauer hat diesen Vorschlag aufgegriffen; das Resultat ist jenes Büchlein, welches der Stadtschulratspräsident dem Bürgermeister mit den Worten überreichte: "Wir sind gekommen, Ihnen, Herr Bürgermeister, Ihr geistiges Eigentum zu bringen und den Wortlaut der Rede vom 11. März in die Hände des damaligen Festredners zurückzulegen."

Bürgermeister Marek zeigte sich von dieser Geste sichtlich gerührt und nannte sie eine Auszeichnung, die er sehr zu schätzen wisse. Das Büchlein ist in einer Auflage von 6.000 Exemplaren gedruckt worden und wird den Lehrkräften an den Wiener Volks-, Haupt-, Sonder- und Berufsschulen übergeben werden.

Abschließend die letzten Sätze der nun im Druck erschienenen Rede des Bürgermeisters im wörtlichen Zitat:

"Es gibt heute schon wieder Kräfte, die der Jugend ein falsches Bild dieser Zeit vermitteln wollen. Es gibt schon wieder Menschen, die unter Ausnützung der demokratischen Freiheiten Österreichs in Wort und Schrift schmähen. Sie haben aus der Vergangenheit nichts gelernt. Die Österreicher und ihr demokratischer Staat sind sehr tolerant - ein österreichisches Charakteristikum, das durchaus zu bejahen ist -, jede Toleranz muß aber meiner Meinung nach ein klares Ende finden, wo die Grundlagen

Österreichs gefährdet sind.

Wir wollen mit allen Völkern in Frieden leben. Unsere Neutralität, zu der wir uns verpflichtet haben, gibt uns, die wir keinem militärischen Block angehören, die Möglichkeit, eine wichtige Funktion zu erfüllen. Wollen wir diese Funktion erfüllen, müssen wir an Tagen wie heute der Opfer im Kampfe für Österreichs Freiheit in Ehrfurcht gedenken und das Gelöb- nis, wachsam zu sein und unser geliebtes Österreich zu beschützen, mit aller Kraft erneuern."

- - -

Angelobung des neuen Landwirtschaftskammerpräsidenten
=====

26. April (RK) Bürgermeister Bruno Marek nahm heute vormittag im Wiener Rathaus die Angelobung von GR. Josef Jedletzberger als Präsident der Wiener Landwirtschaftskammer vor. Der neue Präsident wurde am 26. April in der Vollversammlung der Kammer gewählt.

Nach der Verlesung der Gelöbnisformel durch Obermagistratsrat Dr. Schrems leistete der neue Präsident dem Bürgermeister mit Handschlag das Gelöbniß. Marek gratulierte zur Übernahme der Funktion und sprach die Hoffnung aus, daß der Wiener Landwirtschaftskammerpräsident im Interesse seiner Berufsgruppe und im Interesse der Wiener Bevölkerung mit Erfolg tätig sein werde.

- - -

Heilquelle in Ober-Laa wird so rasch wie möglich genützt
=====

Provisorium wird Zeit bis zur Vollendung
des Heilzentrums überbrücken

26. April (RK) Vor einiger Zeit hat die "Rathaus-Korrespondenz" berichtet, daß die Schwefelquelle in Ober-Laa offiziell als Heilquelle anerkannt worden ist. Seither gab es eine Reihe von Besprechungen unter Beiziehung von Fachärzten, Vertretern von Kranken- und Versicherungsanstalten, ausländischen Experten und den zuständigen Dienststellen des Magistrats. Grundsätzlich besteht die Absicht, das Thermalwasser der Bevölkerung nutzbar zu machen.

Wie heute Baustadtrat Kurt Heller der "Rathaus-Korrespondenz" mitteilte, ist jedoch nicht daran gedacht, das Heilzentrum durch die Stadt Wien errichten zu lassen. Vielmehr soll eine eigene Gesellschaft gegründet werden, in der sich die Stadt Wien selbstverständlich einen entscheidenden Einfluß sichern wird.

Weil die Erstellung eines Raumprogramms, die Planung und Erschließung des Geländes und die Sicherstellung der Finanzierung längere Zeit in Anspruch nehmen wird, soll vorher in unmittelbarer Nähe der Bohrstelle ein Provisorium geschaffen werden, um der Bevölkerung schon sehr bald die Möglichkeit zu geben, von der heilenden Wirkung des Wassers Gebrauch zu machen können. Die Vorarbeiten wurden bereits eingeleitet.

Was die Gestaltung des Geländes am Südhang des Laaer Berges anlangt, sind im Rahmen des Magistrats bereits verschiedene Gedanken erörtert worden. Nähere Angaben können natürlich erst nach Gründung der Gesellschaft und nach Vorliegen des Raumfunktionsprogramms gemacht werden.

Ein Gesundbrunnen für viele Leiden

Die Ober-Laaer Quelle hat eine konstante Temperatur von 53 Grad Celsius und einen Schwefelgehalt von 58 Milligramm pro Kilogramm Wasser. Es handelt sich also um eine hervorragende Thermalschwefelquelle, die für medizinisch-therapeutische Zwecke sehr geeignet ist. Nach Ansicht der medizinischen Experten ist

die Anwendung dieser Schwefeltherme in Form von Bädern zur Behandlung bei folgenden Krankheitszuständen angezeigt: Erkrankungen des rheumatischen Formenkreises im subakuten und chronischen Stadium (Polyarthritiden, Spondylarthrosen, Muskelrheumatismus, Neuralgien nach Abklingen des akuten Stadiums, Gicht und anderes), bei Hauterkrankungen, wie chronischen Ekzemen, allergischen Hautreaktionen und Akne oder bei Metallvergiftungen mit Quecksilber, Blei oder Wismut. Unterwassergymnastik in der Ober-Laaer Therme würde sich sehr günstig auf den Heilungsprozeß von verschiedenen Verletzungen und anderen Krankheitszuständen eignen. Erfahrungsgemäß entfalten Quellen mit einem relativen hohen Gehalt an Schwefelwasserstoff, wie die Ober-Laaer Quelle, günstige Wirkungen bei bestimmten Formen von Kreislaufstörungen.

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

26. April (RK) Im Anschluß an den Landtag trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek zusammen. Es lagen vor: drei Anfragen der ÖVP, zwei der FPÖ und drei der KLS.

Die Anträge der ÖVP betreffend "Fahrbegünstigung für Blinde bei Benützung der städtischen Verkehrsmittel", betreffend "Anwendung neuer Methoden zur Rattenbekämpfung", betreffend "Ausbau des Computereinsatzes bei wichtigen Verkehrskreuzungen" und betreffend "die Erdung von Wasserleitungsrohren", wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Neues Kinderfreibad

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde der Antrag über den Neubau des Kinderfreibades 15, ~~Lo~~ Loeschenkohl-gasse, behandelt. Wie Stadtrat Pfoch (SPÖ) referierte, ist hierzu ein Kostenaufwand von 4,3 Millionen Schilling erforderlich. Erst nach Fertigstellung dieses Kinderfreibades soll das Kinderfreibad bei der Stadthalle abgetragen werden, wo bekanntlich der Bau eines großen Sportbades geplant ist. Das neue Kinderfreibad, für das heuer als 1. Baurate 1,5 Millionen Schilling aufgebracht werden sollen, wird während der Wintermonate einen Pensionistenklub beherbergen.

Gemeinderat Hans Mayr (SPÖ) verwies als Debattenredner auf die großen Schwierigkeiten zur Beschaffung des erforderlichen Baugrundes für das Kinderfreibad in der ~~Lo~~ Loeschenkohl-gasse. Die ersten Verhandlungen wurden bereits 1960 durchgeführt. Bis 1963 konnten von der Gemeinde 3.300 Quadratmeter erworben werden, der Erwerb der restlichen 2.800 Quadratmeter wurde erst vor kurzem abgeschlossen.

Der Debattenredner fordert aus diesem Anlaß neuerlich ein modernes Bodenbeschaffungsgesetz.

Gemeinderat Dr. Marga Hubinek (ÖVP) bestreitet nicht die Notwendigkeit eines Kinderfreibades, greift jedoch die "keiner kaufmännischen Praxis angleichbare Form der gehaltenen Verhandlung" an. Die abgesiedelte Heizungsfirma sei unzureichend entschädigt worden.

GR. Sigmund (SPÖ) klärt das Mißverständnis auf: Es ging nicht um die Installationsfirma, sondern um eine Grundbesitzerin, die einen Altmateriallagerplatz und keinen lebenden Betrieb hatte und die auf diesem Grund rein rechnerisch eine mögliche Tankstelle, deren Profit und die Kapitalisierung des Ganzen als "Kaufpreis" von der Gemeinde verlangt habe. Deshalb mußten wir fünf Jahre lang mit dem Bau zuwarten.

In seinem Schlußwort betonte Stadtrat Pfösch, daß man für das Kinderfreibad die Loeschenkohlgrasse gewählt habe, weil es dort, im dicht verbautesten Gebiet, eben notwendig sei. Und für die Kinder hätte man auch 1.200 Schilling pro Quadratmeter an Grundkaufskosten gerne aufgewendet.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Schulpavillon für Hietzing

GR. Herbert Mayr (SPÖ) stellt sodann einen Antrag zur Errichtung eines zweiklassigen Pavillons auf dem Spielplatz der Schule in Wien 13, Am Platz, sowie die Genehmigung der dafür notwendigen Kosten in der Höhe von 1,5 Millionen Schilling.

GR. Dr. Habl (ÖVP) stellt als erster Debattenredner hiezu den Trend der Bevölkerung fest, von der Innenstadt in die Außenbezirke abzuwandern. Da aber allein am Küniglberg in der letzten Zeit 2.000 Wohnungen entstanden seien, ist der vorliegende Antrag seiner Meinung nach nur ein Provisorium, bei dem außerdem der einzige Spielplatz einer Schule verloren geht. Vielleicht wäre eine Schulexpositur auf dem Küniglberg besser. Die ÖVP wird sich nicht gegen die heute geplante erste Abhilfe wenden, in der Annahme und Erwartung, daß das Projekt eines Schulbaues oder einer Expositur auf dem Küniglberg nicht ad acta gelegt wird. (Beifall bei der ÖVP.)

In seinem Schlußwort stellt GR. Herbert Mayr fest, daß in den nächsten Jahren keine größere Kinderzahl zu erwarten ist und es daher verfehlt wäre, in diesem Gebiet, in dem vier Schulen in gutem Zustand zur Verfügung stehen, eine neue Schule zu bauen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Unterführung der Ostbahn

Hierauf referiert GR. Ing. Hofmann (SPÖ) über den Antrag, die Herstellung "Unterführung der Ostbahn im Zuge der Erzherzog Karl-Straße" im 22. Bezirk mit einem Sachkredit von 85 Millionen Schilling zu genehmigen, wobei für die weiteren Bauraten in den Voranschlägen der Folgejahre Vorsorge zu treffen ist.

GR. Lauscher (KLS) bringt in diesem Zusammenhang zwei Forderungen zur Sprache. Er setzt sich dafür ein, die Linie 16 bis nach Aspern weiterzuführen, was er mit dem Nachholbedarf der verkehrsmäßigen Erschließung der Randbezirke und dem Wunsch der Bevölkerung dieses Gebietes begründet. Weiter setzt er sich dafür ein, dem Bauernmarkt, der im Zuge der Straßenverbreiterung den Genochplatz räumen muß, eine andere Fläche im Zentrum Stadlaus zur Verfügung zu stellen.

GR. Gockner (ÖVP) verweist auf den rasanten Bevölkerungszuwachs auf dem linken Donauufer und auf die jahrzehntelangen Bemühungen, diese Unterführung zu schaffen. Gleichzeitig setzt er sich dafür ein, bei der Weiterführung der Linie 16 die Wünsche der Bevölkerung dieses Gebietes zzu berücksichtigen, da sie oftmals bis zu 40 Minuten Anmarschweg zu einem öffentlichen Verkehrsmittel hat. Weiter spricht er die Hoffnung aus, daß hinsichtlich der im Zuge der Arbeiten erforderlichen Absiedlung für die Betroffenen eine tragbare Lösung gefunden wird.

Als dringend notwendig erachtet es der Redner, die neue Linienführung der Linie 16 mit einer Autobuslinie zu koppeln.

GR. Dr. Bohmann (SPÖ) bezeichnet die Verwirklichung des Projektes als eines der wichtigen Ereignisse in der Verkehrsaufschließung des 22. Bezirkes in den letzten Jahrzehnten. Die Bemühungen um die Unterführung der Ostbahn reichen Jahrzehnte zurück. Bereits 1913 wurden die ersten Überlegungen angestellt. Die lange Entwicklungszeit bis zur Realisierung liegt vornehmlich darin, daß hier eine Reihe von Voraussetzungen geschaffen werden mußte, und eine der wesentlichsten war sicherlich der Ausbau der Erzherzog Karl-Straße. Besondere Schwierigkeiten haben die Grundfreimachungen bereitet. Hier hat sich wieder einmal erwiesen, wie notwendig es wäre, ausreichende gesetzliche Bestimmungen zu haben, die den Erfordernissen unserer Zeit angepaßt sind.

Obwohl es hier um Straßengrund ging und die rechtliche Möglichkeit der Enteignung besteht, hat die Realisierung des Bauvorhabens lange auf sich warten lassen. Durch die unermüdlichen Bemühungen der zuständigen Stellen hat jedoch Stein um Stein aus dem Weg geräumt werden können, um das große Werk zu ermöglichen. Das große Verkehrsbauwerk erhält seinen letzten Sinn aber erst dadurch, daß die Linie 16, die heute bei der Ostbahn endet, bis Aspern geführt wird. Der Bevölkerung würde dadurch der Umweg über Kagran erspart. Durch die Errichtung des Krankenhauses Ost mit insgesamt 1.000 Betten wird ein neuerlicher Verkehrserreger dazu kommen. Der Betrieb der Ostbahn von Hirschstetten bis zum Südbahnhof müßte als echte Schnellbahn ausgebaut werden. Die Schaffung eines Gemeinschaftstarifes wäre damit im Zusammenhang dringend notwendig.

GR. Ing. Hofmann stellt im Schlußwort fest, daß mit dem Bauwerk ein weiterer Schritt zur Verkehrserschließung der Gebiete links der Donau erfolgt. Die endgültige Trassenführung der Linie wird eine Abbindung nach Aspern bringen müssen, die genaue Linienführung steht derzeit jedoch noch nicht fest. Eine Verlegung des Marktes ist nicht notwendig, es müssen insgesamt drei Marktstände verlegt werden.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Instandsetzung eines Schulgebäudes

GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) stellt den Antrag auf bauliche Erneuerung und Einbau eines Personenaufzuges im ehemaligen Schulgebäude, 8, Albertgasse 23. Die Schule ist durch den Neubau des Schulgebäudes in der Pfeilgasse freigeworden und soll nun, um sie neu vermieten zu können, adaptiert werden. Der Bestand ist einwandfrei und erhaltungswürdig. Da jedoch seit Jahren bekannt war, daß die Schule abgesiedelt werden soll, wurden in den letzten Jahren jedoch keine Instandsetzungen vorgenommen, sodaß nun eine Generalinstandsetzung notwendig ist. In dem sechsgeschossigen Gebäude soll auch ein Personenaufzug eingebaut werden. Die Kosten wurden mit 7,850.000 Schilling errechnet.

GR. Lehner (ÖVP) meint, daß der beantragte Betrag für Instandsetzungsarbeiten relativ hoch ist. Es könnte mit den fast acht Millionen Schilling vielleicht ein Bauwerk errichtet werden, das einem echten Bedürfnis der Bevölkerung entspräche.

Die Österreichische Volkspartei respektiere zwar alle politischen Organisationen, sagte Lehner, dieser Respekt sei ihr aber keineswegs fast acht Millionen an Steuergeldern wert. Da seine Fraktion eine solche Form der verschleierte Parteienfinanzierung nicht gutheißen könne, werde sie den Antrag ablehnen.

Auch der nächste Redner, GR. Dr. Schmidt (FPÖ) wendete sich gegen den Antrag und beschuldigte Stadtrat Heller, den Gemeinderatsausschuß für Bauangelegenheiten in dieser Sache falsch informiert zu haben, was Stadtrat Heller jedoch in einem Zwischenruf sofort aufklärt. (Schmidt: "Sie sagen, der Bau werde als Schule renoviert." Heller: "Ich habe gesagt, eine alte Schule wird renoviert.")

Im Schlußwort bat GR. Hofstetter nochmals um die Annahme des Antrages, die in der darauffolgenden Abstimmung auch mit den Stimmen der SPÖ und der KLS erfolgte.

Neue "Unratgebühren"

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf eine Abänderung der Gebührenordnung hinsichtlich der "Gebühren für die Benützung und Räumung von Unratsanlagen". Der Berichterstatter, Vizebürgermeister Slavik (SPÖ), führte aus, daß die zuletzt am 21. Dezember 1966 festgesetzten Gebühren von einer Kostendeckung weit entfernt gewesen seien. Mit der nunmehr vorgeschlagenen Erhöhung solle wenigstens eine 84prozentige Kostendeckung erreicht werden.

Der ursprüngliche Antrag des Magistrats hatte eine Gebührenerhöhung von 55 Prozent vorgesehen, die zu einer Kostendeckung von 100 Prozent geführt hätte. Der vorliegende Entwurf (Gebührenerhöhung um 30 Prozent) sei nach Fühlungnahme mit den gesetzlichen Interessenvertretungen erstellt worden.

Abschließend stellte Vizebürgermeister Slavik fest, daß die Erhöhung durchschnittlich 30 Prozent betrage, mit kleinen Auf- oder Abrundungen, um volle Schillingbeträge zu erreichen.

Als erster Debattenredner ergriff Gr. Karger (KLS) das Wort. Für die Wiener Bevölkerung bedeute die Gebührenänderung eine weitere Belastung von rund 14 Millionen Schilling pro Jahr. Die vorgelegte Kostenrechnung entspreche nicht den Tatsachen, Im Jahre 1961 hätten die Abgänge bei der Kanalräumung und -instandhaltung 31 Millionen betragen, 1966 beliefen sie sich auf 26 Millionen. Die Tendenz sei also fallend. Der tatsächliche Abgang dürfte wesentlich niedriger sein.

Aber auch aus grundsätzlichen politischen Erwägungen sei diese neuerliche Belastung der Wiener Bevölkerung abzulehnen. Seit Montag sind Brot, Mehl und Grieß teurer, weitere Preis-erhöhungen stünden bevor. Immer schon sei die Erhöhung des Brotpreises das Signal für weitere Erhöhungen gewesen.

Auch die Wohnbaureform sei eine solche Abschöpfung der Kaufkraft gewesen: sie wird der Wiener Bevölkerung im Jahre 200 Millionen Schilling an Baukostenbeiträgen kosten. Dazu kommen 120 Millionen durch die Erhöhung der Wasserpreise und zehn Millionen durch die Erhöhung der Bäderpreise.

Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Der nächste Debattenredner, GR.Dr. Schmidt (FPÖ) gab zu bedenken, daß seit drei Jahren ein w hrer Platzregen von Tarif- und Gebührenerhöhungen auf die Wiener Bevölkerung nieder-gehe. Jede Tarifierhöhung könne von der Verwaltung sicherlich sachlich begründet werden, der Gemeinderat habe jedoch die Pflicht, genau zu prüfen, ob Erhöhungen auch tatsächlich gerechtfertigt sind.

In der Stellungnahme der Arbeiterkammer zur vorliegenden Gebührenabänderung heiße es, daß sich auf dem Sektor der Kanalisation das Prinzip der Kostendeckung nicht verwirklichen lasse; Abgänge seien aus allgemeinen Steuermitteln zu decken. Die Kammer der gewerblichen Wirtschaft habe festgestellt, daß das vorgelegte Zahlennaterial die geplante Erhöhung nicht hinreichend begründe.

Tatsächlich enthalte das Ausgabenvolumen von 72 Millionen mehrere Posten, die schwerlich etwas mit dem Betrieb der Kanäle zu tun haben, beispielsweise fünf Millionen an Verwaltungskosten. Es müsse gefragt werden, ob bei der Magistratsabteilung 30 alle Möglichkeiten der Rationalisierung ausgeschöpft wurden.

Seine Fraktion werde der Gebührenabänderung nicht zustimmen.

In seinem Schlußwort stellt Vizebürgermeister Slavik fest, daß die Gebührenerhöhung nicht mit 1. Jänner, sondern mit 1. Mai in Kraft treten wird. Was die Verwaltungskostenbeiträge anlangt, sind das in Wirklichkeit Leistungen für Arbeiten, die andere Dienststellen für die Kanalabteilung durchführen. Es wäre daher völlig falsch, sie nicht zu berücksichtigen. Aber selbst wenn man das unberücksichtigt ließe, käme es noch zu keiner Kostendeckung.

Die Beschlüsse des Parlaments sind auch auf die Stadt Wien nicht ohne Auswirkung, und durch die verschiedenen Steueränderungen mußten wir starke Mindereinnahmen hinnehmen. Heuer haben wir effektiv bisher um 45 Millionen weniger eingenommen als im Vorjahr. Es ist also nicht so, daß wir in Geld schwimmen und alles aus Steuermitteln tragen könnten. Tatsache ist aber, daß diese Belastung im Durchschnitt 1,12 Schilling pro Monat ausmachen wird, so daß man nicht sagen könnte, daß das den Lebensstandard der Bevölkerung wesentlich verändert. Zur Pflicht des Gemeinderates gehört es nun einmal, nicht nur die schönen Leistungen zu beschließen, sondern wir müssen leider auch für die Bedeckung sorgen.

Der Antrag wird hierauf mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Subventionen

Weiter berichtet Vizebürgermeister Slavik, über den Antrag, an neun Institutionen Subventionen im Gesamtbetrag von 4,779.000 Schilling zu gewähren.

Gemeinderat Dr. Schmidt (FPÖ) bittet um getrennte Abstimmung über die Subvention für die österreichische Widerstandsbewegung im Betrag von 50.000 Schilling.

Bei der Abstimmung wird die Subventionsliste bis auf diese Post, gegen die die Freiheitlichen stimmen, einstimmig angenommen.

Neubau Rudolfsspital

Stadtrat Dr. Glück (ÖVP) unterbreitet hierauf den Antrag, für den Neubau des Hauptgebäudes der Krankenanstalt Rudolfsstiftung 470 Millionen Schilling zu genehmigen. Er betont, daß sich dieses Bauerfordernis in den Rahmen der 1963 abgegebenen Schätzung fügt.

Gemeinderat Leinkauf (ÖVP) hebt hervor, daß Wien damit in nächster Zeit eines der modernsten Spitäler erhalten wird. Vor 100 Jahren war dieses Spital eines der modernsten, doch im Laufe von 100 Jahren haben sich auf diesem Gebiet so große Änderungen und in der medizinischen Entwicklung so ungeheure Fortschritte gezeigt, daß sich bei einer solchen Anstalt Mängel ergeben mußten. Während es jetzt Krankensäle mit 30 Betten gibt, soll es nach dem Neubau nur mehr Krankenzimmer mit höchstens sechs Betten geben.

Gemeinderat Margarete Tischler (SPÖ) betont, daß ihre Fraktion dem vorliegenden Antrag gerne zustimmen werde, ist doch die Rudolfsstiftung eines der vordringlichsten Probleme des 3. Bezirkes. Im letzten Jahr konnten bei den Bauarbeiten große Fortschritte erzielt werden. Der Westverbau mit allen seinen Räumlichkeiten ist fertiggestellt. In der neuen Küche würden alle Möglichkeiten einer optimalen Wirtschaftlichkeit ausgenützt. Die Ausspeisung aller Betten kann in einer Dreiviertelstunde erfolgen. Eine wesentliche Erleichterung für das Personal ist die Installierung eines Geschirrspülautomaten, der täglich 19.500 Geschirrtteile automatisch reinigt. Durch diese Geschirrspülmaschine ist die Einsparung von 12 Bediensteten möglich gewesen. Der bereits fertiggestellte Teil der Rudolfsstiftung zeigt, daß er den modernsten Erfordernissen auf dem Spitalssektor Rechnung trägt und beispielgebend für künftige Spitalsbauten sein wird. Erfreulich sei ferner, daß sogar während der Zeit des Neubaus auch Teilinstandsetzungen durchgeführt werden konnten, sodaß derzeit nur noch die Parterreräume zu renovieren sind. Aus den ehemaligen Räumen der geistlichen Schwestern wurden für die Vorpraktikantinnen Wohn- und Unterrichtsräume geschaffen und modern eingerichtet.

Auch für die jugoslawischen Schwestern schuf man moderne Wohn-Schlafräume. Alle diese Modernisierungen und Rationalisierungen sind durch das gute Zusammenwirken aller Beschäftigten zustande gekommen und dafür ist ihnen zu danken.

Stadtrat Dr. Glück stellt in Schlußwort fest, daß die Schnelligkeit und der Fortschritt der Bauarbeiten außerordentlich gut ist. Es konnte kein Neubau eines Schwerpunktspitals in einer relativ so kurzen Zeit der Vollendung entgegengehen. Das Spital wird voraussichtlich im Jahr 1973 fertiggebaut und 1974 bezugsbereit sein.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

2,1 Millionen für Netzumspanneranlagen

GR. Seeböck (SPÖ) referiert über einen Nachtragskredit von 2,1 Millionen Schilling für die Errichtung und den Umbau von Netzumspanneranlagen. Mit Gemeinderatsbeschluß vom 19. Dezember 1967 wurden für diesen Zweck bereits 35,1 Millionen Schilling bewilligt.

GR. Lauscher (KLS) verweist darauf, daß diese Post im Zusammenhang mit der Auftragserteilung an die Elektroindustrie steht. . Seiner Meinung nach dürfe der Wiener Gemeinderat an den alarmierenden Tatsachen, die sich derzeit in der Elektroindustrie zutragen, nicht vorübergehen. Erst vor wenigen Tagen haben zirka 1000 Arbeiter und Angestellte der Elin-Union gegen den drohenden Abbau demonstriert. Die Verhandlungen sind mit einem unbefriedigenden Ergebnis abgebrochen worden. Diese jüngsten Ereignisse haben eindrucksvoll die Empörung und Enttäuschung der Arbeiter und Angestellten der Elektroindustrie mit der eingetretenen Entwicklung, wie sie seit dem Abschluß der Siemensverträge entstanden ist, zum Ausdruck gebracht. Seine Fraktion war wiederholt bemüht, das Hohe Haus auf diese unheilvolle Entwicklung aufmerksam zu machen. Die derzeitige Bundesregierung habe bei der Vergabe von Aufträgen an die Elektroindustrie wiederholt ausländische Firmen bevorzugt. Diese Entwicklung habe nicht nur für die Arbeiterschaft dieser Betriebe, sondern auch für die Stadt Wien ernste Nachteile gebracht.

Der Redner stellt die Frage, welche Schritte die Gemeindeverwaltung unternehmen wolle, um dieser Situation zu begegnen. Seine Fraktion habe ein Memorandum ausgearbeitet und sich darin bemüht, gewisse Anregungen zu geben und Vorschläge zu unterbreiten für die Sicherung der Arbeitsplätze in der Elektroindustrie und darüber hinaus über die wirtschaftliche Entwicklung unserer verstaatlichten Betriebe.

Es sei, sagte Lauscher, nicht nur nötig, daß der Wiener Gemeinderat den Elin-Arbeitern seine Solidarität ausdrücke, sondern daß er auch alle Möglichkeiten überprüfe, der Elektroindustrie zu besserem Wachstum zu verhelfen und das "Gesundshrumpfen" zu vermeiden.

In seinem Schlußwort stellte GR. Seeböck fest, daß der Antrag natürlich auch wirtschaftspolitischen Erwägungen entspringe.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Subvention für Nationalinstitut

GR. Eleonora Hiltl (ÖVP) referierte über eine Subvention von 20.000 Schilling für das österreichische Nationalinstitut.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) bemängelt, daß die Stadt Wien in diesem Fall unnötigerweise für den Bund in die Bresche springe: Das Institut habe sich nämlich vorher bereits an den Bundeskanzler gewendet und sei von diesem abschlägig beschieden worden.

Der Antrag wird mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

Der Vorsitzende, GR. Planek (SPÖ), schloß die Sitzung.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Allgemeines Krankenhaus:Neue Isotopen- und Computerstation
=====

26. April (RK) Im Rahmen eines Festaktes im Hörsaal der 2. Medizinischen Universitätsklinik wurde heute die eben fertiggestellte Isotopen- und Computerstation der Medizinischen Fakultät Wien übergeben. Vor den zahlreichen Ehrengästen aus dem ärztlichen und geistigen Leben Wiens, betonte Unterrichtsminister Dr. Piffl-Percevic, der Verdacht, die Maschine könne den menschlichen Geist und damit überhaupt die Menschlichkeit verdrängen, sei mit wenigen Worten zu zerstreuen. Zwar könne diese Maschine unendlich viele Ergebnisse menschlicher Gedankenarbeit zusammenfügen und stapeln, eines aber kann die Maschine nicht: Nämlich das Gewissen des Menschen und im speziellen das des Arztes zu speichern oder zu ersetzen. Sie werde aber dazu beitragen, die berühmte Wiener medizinische Schule zu noch faszinierenderen Leistungen zu bringen. "In diesem Sinne erlaube ich mir, die Inauguration der Computerstation vorzunehmen", schloß der Minister seine Rede.

Vor der offiziellen Übergabe hatte der Hausherr Univ.-Prof. Dr. Karl Fellingner über die Entstehungsgeschichte der Isotopen- und Computerstation berichtet und allen Geldgebern gedankt. Bekanntlich wurde ein großer Teil der finanziellen Mittel aus der Rundfunkspende "Kampf dem Krebs", durchgeführt im Jubiläumsjahr 1965 der Universität Wien, aufgebracht. Weiterhin stellte das Unterrichtsministerium und der Forschungsfonds der Österreichischen Nationalbank Spenden zur Verfügung.

Stadt Wien ist eingesprungen

"Als dann plötzlich alle Gelder verbraucht waren", sagte Prof. Dr. Fellingner, "sprang Vizebürgermeister Felix Slavik helfend ein. Durch eine großzügige und rasche Unterstützung konnte der zum Stillstand gekommene Bau wieder aufgenommen und vollendet werden. Es ist daher mein besonderes Bedürfnis, an dieser Stelle dem Finanzreferenten der Stadt Wien besonders herzlich zu danken."

Professor Fellingner dankte in der Folge für den großen Vertrauensvorschuß, den man ihm und seiner Klinik mit der zur Verfügungstellung der gewaltigen Geldmittel erwiesen habe. Mit Hilfe der nun vollendeten Computerstation werde es nicht nur möglich sein, einen differenzierten Einblick in den Krankheitszustand der Patienten, eine bis ins kleinste Detail ausgearbeitete Vorbereitung zur Erstellung der Diagnose und eine unglaubliche Fülle wissenschaftlicher Dokumentation zu erreichen, viel wichtiger noch sei die durch den Computer gebotene Möglichkeit, sich in Hinkunft wesentlich intensiver als bisher mit den Patienten selbst wieder beschäftigen zu können.

Vierte elektronische Großrechenanlage in Europa

Der Dekan der Medizinischen Fakultät, Prof. Dr. Tappeiner, sprach dem Kuratorium "Kampf dem Krebs", dem Bundesministerium für Unterricht und der Gemeinde Wien sowie allen übrigen Spendern den Dank der Fakultät aus. In besonders herzlichen Worten gedachte er des unermüdlichen persönlichen Einsatzes von Professor Dr. Fellingner am Entstehen des großen Werkes und unterstrich sodann die Bedeutung dieser ersten Computerstation in unserem Raum. Sie werde dem Ruhm der Wiener medizinischen Schule schon deshalb wieder zu weltweiter Bedeutung verhelfen, weil bereits jetzt Gelehrte aus der ganzen Welt an der Station Untersuchungen ausarbeiten. "Es ist mir eine Freude, die Isotopen- und Computerstation hiemit in die Obhut der medizinischen Fakultät Wien zu übernehmen", schloß er seine Ansprache.

Die in einem Pavillon im Hof der II. Medizinischen Universitätsklinik untergebrachte Computerstation ist die vierte elektronische Großrechenanlage medizinischer Art in Europa. Die Anlage, die unter der Leitung Prof. Dr. Fellingners steht, kostete insgesamt mehr als 10 Millionen Schilling. Mehr als ein Dutzend Kliniken haben sich bereits mit konkreten Anfragen an die Station gewendet, mehr als 50 verschiedene Anfragen wurden schon vor der offiziellen Eröffnung in Angriff genommen beziehungsweise abgeschlossen.

Herzstück der Computerstation ist die sogenannte zentrale Recheneinheit, in der alle Angaben, Erhebungen, Befunde und schließlich Therapievorschläge für jeden einzelnen Patienten ge-

speichert, in Lochkarten festgehalten und auf Berichtskarten ausgeworfen werden. Diese Karten, die natürlich eine bisher noch nicht erreichte Fülle von Detailangaben enthalten, werden den Krankengeschichten der Patienten beigelegt. Sie erlauben noch Jahrzehnte später Kontrollmöglichkeiten, die innerhalb weniger Minuten den untersuchenden Ärzten zur Verfügung stehen.

- - -